

Volks-Zeitung

Verredakteur: Eito Rusche, Berlin-Stettin.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Preise wie bisher

Druck und Verlag: Rudolf Hoffe, Berlin.

Einheitsbrot	0,20	Reichsindex	163,0	
Milch	0,25	Strassenbahn	0,15	
Bricketts 1000 Stück	1,50	Hochb. Tstr. 11,0, 20, 111	0,15	
Gaswerks frei Keller	2,25	same Str. 11	0,20, 111	0,20
Strom o. Grundgeb.	0,15	Stadtbahn 11,0, 20, 111	0,15	
Gas 0,16 Wasser	0,15	Omnib. Teil 0,15, z. Str.	0,20	

Zufuhr in Fleisch normal	
Rindfleisch 0,85-1,10, do. ohne Knochen	1,15-1,60, Kalbfleisch 1,20-2,10, Hammelfleisch 0,85 bis 1,25, Schweinefleisch 1,00-1,45, Geflügelfleisch 0,70-0,95, Rücken fett 0,90 bis 1,15, Schweineleber 0,90-1,00, Rindertalg, ausgelassen 0,60-0,75, Salzheringe 0,60-0,10, Butter 1,70 bis 2,20, Margarine 0,70-0,90, Eier Stück 0,15-0,20, Zwiebeln 0,10-0,15

Te. 0,15, ausw. a. Zoo. a. Zeit	Teleg. d. Wort Berlin	0,05		
Bohrpost 0,20, Brief 0,40	Deutschland, Danz.	1,4	0,10	
100 Stück P. u. Post 0,05	Oester.	0,12	Tschech. 0,15	
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung.	0,10	Ung. 0,10, Nal. Schw.	0,10	
Brief 0,05, Fern- u. Ost.	0,10	0,17, Schw., Dan.	0,18, Norw.	
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung.	0,20	0,21, Ital.	0,24, Grossbrit.	0,27

Die Extratour des Herrn Scholz

Die Sozialdemokraten bei Marg

Das Attentat auf die „fille Koalition“

Nach Mitteilung des Sozialdemokratischen Preßdienstes haben gestern die sozialdemokratischen Führer einen Vorstoß beim Reichstagskanzler Marx unternommen. Da die Rede, die der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Scholz, in Interwara gehalten hat, von der Sozialdemokratie als eine Kriegserklärung aufgefaßt worden ist.

Nun haben die Sozialdemokraten dem Kanzler gegenüber gestern angekündigt, daß sie sich darüber schlüssig werden müßten, ob nicht die Scholz-Rede geeignet sei, das bei den Sozialdemokraten vorhandene Mißtrauen gegen den Kanzler auf das gesamte Kabinett zu erweitern. Für Donnerstag ist der sozialdemokratische Reichstagsfraktionsvorsitzende einberufen worden. Am Freitag wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion selbst sich über die weiteren Schritte der Sozialdemokratie schlüssig werden.

Bereits in der vorigen Woche hatte in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich eine starke Strömung bemerkbar gemacht, die dafür eintrat, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem von den Kommunisten anlässlich des Schuß- und Schandbefehls eingebrachten Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister Dr. Kautz zustimmen solle.

Der Schritt, den gestern die Sozialdemokratie beim Reichstagskanzler als Antwort auf die Interwaraer Rede des Dr. Scholz unternommen haben, hat in politischen Kreisen starke Beachtung gefunden. Der Kanzler selbst war überrascht, als nachmittags um 4 Uhr sich Hermann Müller-Franke und Weitzel bei ihm melden ließen. Obwohl er den Wortlaut der Rede des sozialdemokratischen Fraktionsführers gestern nachmittags noch nicht kannte, glaubte er bereits gestern den Sozialdemokraten gegenüber versichern zu können, daß es sich sicherlich nicht um eine programmatische Erklärung der Volkspartei handeln würde. Diese Erklärung ist, wie wir zuverlässig erfahren, von sehr maßgebender volksparteilicher Seite heute vormittag bekräftigt worden.

Welche Schritte der Kanzler, zwecks einer Vermeidung innerparteilicher Kämpfe im gegenwärtigen Augenblick unternehmen wird, läßt sich noch nicht sagen. Fest steht nur, daß Marg sich um jeden Preis darum bemühen wird, eine Regierungskrise zu vermeiden. In maßgebenden Kreisen hat man übrigens den Eindruck gewonnen, daß die Telegrammennot, die die Rede verursacht hat, tendenziös berichtet hat, so daß die ohne starken Echo, die Rede zwecklos entfiel, noch mehr angepißt worden sind.

Vor Ende der Woche sind neue Entscheidungen kaum zu erwarten. Es ist anzunehmen, daß am Donnerstag zuerst in einer gemeinsamen Besprechung die Regierungsparteien zu der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, Stellung nehmen werden. Voraussichtlich wird dann noch einmal von den Regierungsparteien, mindestens aber vom Zentrum und den Demokraten, eine Fühlungnahme mit den Sozialdemokraten am Donnerstag versucht werden.

Zurück, alles vergebens!

Herr Scholz „dementiert“

Königsberg, 7. Dezember. (W. Z. B.)

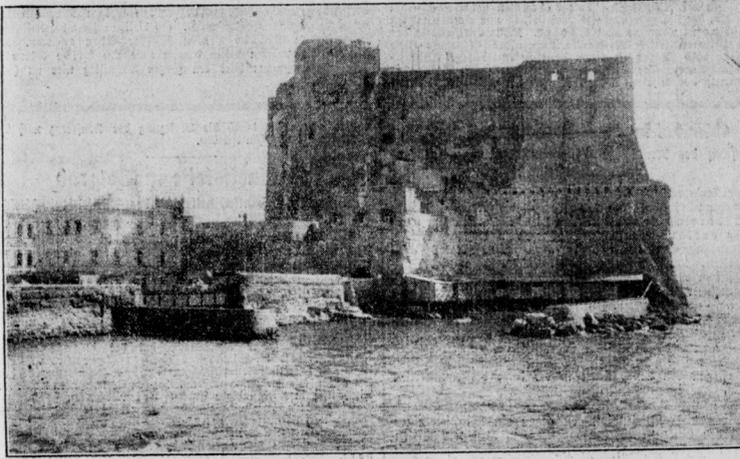
Veranlaßt durch die Auslegung, die der „Vorwärts“ einem Bericht über die Interwaraer Rede des Reichsministers E. Dr. Scholz gegeben hat, äußerte sich Dr. Scholz auf Anfrage der Redaktion der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ folgendermaßen: „Die Erregung sozialdemokratischer Kreise über meine im engeren Kreise der Vertrauensmänner meiner Partei in meinem Wahlkreis gemachten Ausführungen zur Frage der Regierungsbildung ist mir um so unverständlicher, als ich an der Spitze dieser Darlegungen ausdrücklich betont habe, daß die Deutsche

Schnelldienst

Die „Berliner Arbeiter“ wollen sich für zwei Monate nach Südfrankreich in Urlaub geben. Die nächste Sitzung des Politischen Ausschusses am 10. Dezember, angefaßt werden. Aus Billa wird gemeldet, daß ein junger Italiener Silvio Garzino, Angestellter des italienischen Generalkonsulates in Billa, von drei anderen Italienern erschossen worden ist.

Der wichtigste eines unbefugten heiligt die 1000 Pfennige Staatslotteries, die an die Stelle des jetzigen Hauptpreissortiments treten soll, soll im Februar 1927 zu erwarten sein.

Der englische Staatssekretär des Innern, Jonathan Hiss, der infolge Liebererregung erkrankt ist,



Castello dell'Ovo
Ein Wahrzeichen Neapels, droht einzusinken

Kuk



Für den Berliner Strassenhandel
Die kalifornische Ananasarte wird seefertig gemacht

Federmei



Das Weihnachtsfenster
Studien für den Wunschzettel

Keystone



Claude Monet, der Mitbegründer des Impressionismus, in seinem Atelier

Kuk

Vollspartei, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, auch zu Verhandlungen über die große Koalition durchaus bereit ist. Die grundsätzliche Auffassung der Deutschen Vollspartei über die Frage der Regierungsbildung ist in dem allgemein bekannten Fraktionsbeschlusse vom 12. Januar 1924 festgelegt, an dessen Grundlagen sich nichts geändert hat. **Ziel ist vornehmlich die Ausschöpfung eines etwaigen tatsächlichen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie unter den augenblicklichen Umständen strengstens zu vermeiden, das auszusprechen ist mein gutes Recht, das mir wohl nicht bestritten werden kann.**

Dr. Scholz hat nicht zum erstenmal ein Koalitionsmaßnahme angedeutet. Er war es, der feierlich sogar Risiken gegen seinen eigenen Fraktionsbeschluss und Außenminister Dr. Stresemann entsetzte. Sein Ungeduld, das er zwar hinter einer nonchalanten, lebenswichtigen Körperschaftenmasse zu verbergen weiß, ist beispielsweise, Gleichwohl kann sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Vollspartei nicht von diesem Namen als Vorkindern trennen. Sogar kommt, daß Dr. Scholz ein erregter Anhänger des Bürgerblocks ist. Solange mit den Deutschen Nationalen regiert wurde, ging es in seinem Sinne, aber jetzt braucht er nur zu wirken, und sein junger Mann Scholz ließ sich die Beine winden. Jetzt, wo die Außenpolitik Dr. Stresemanns gebieterisch eine klare Stellungnahme mit der Sozialdemokratie erfordert, hätte die Fraktion der Deutschen Vollspartei dieser Sache auch durch die Wahl eines neuen Fraktionsvorsprechenden Rechnung fragen müssen. Man kann der Sozialdemokratie nicht gewiss nicht werden, wenn sie keine Lust hat, mit sich Schindler zu treiben zu lassen. Ihre fröhliche Antwort an Herrn Scholz und ihre Vorstellungen beim Reichstagsfest sind sehr wohl zu verstehen. Aber geht aus allem nicht immer wieder hervor, daß die stille Koalition mit ihren unklaren Verbindungen ein Non sens ist? Das laute Protesten mag gewiss manchen Sozialdemokraten zurichten. Nur soll sich die Sozialdemokratie nicht darüber täuschen, daß die Arbeiterfraktion in wachsender Maße erkennt, daß eine Unterbrechung wie bisher ein Ding der Unmöglichkeit ist. Entweder die Sozialdemokratie geht in die Opposition, dann kann sie die Regierungsschäden von außen her bekämpfen, oder aber sie hilft die große Koalition schaffen und hindert hierdurch die Regierungsbildung den höchst bedenklichen Zustand, in dem wir jetzt politisch vegetieren.

Die Verbündeten kommen Herrn Scholz zu Hilfe

Die Parteiverteilung der Deutschnationalen Partei (Hauptvereine und Bezirksvereine) hält heute im Gebäude des preussischen Landtags eine Sitzung ab, die vom Parteivorsitzenden, dem Abgeordneten Graf Westarp geleitet wird, der auch die Verhandlungen mit einem politischen Referat eröffnete. Wie wir von gut unterrichteter Stelle hören, ist bei diesen Verhandlungen vor allem der Gedanke zum Ausdruck gekommen, daß die Deutschnationale Reichstagsfraktion alles daran setzen müsse, um in nächster Zeit den Sturz des gegenwärtigen Ministerkabinetts zu bewerkstelligen und das Zustandekommen einer Reichsregierung, eventuell einer Bürgerblockregierung, zu ermöglichen. Es wurde dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das demnächst dem Reichstag vorliegende Reichsgesetz dazu beitragen würde, die Stimmung in der Zentrumskolonie des Reichstags zu einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen geneigter zu machen.

Ständerverbindung verliert nennenswerten

Weimar, 7. Dezember. Die bereits im Juni 1925 durch eine Abänderung des Wahlgesetzes eingeführte Ständerverbindung für die Landtagswahlen hat sich jetzt in ansehnlicher Weise gelöst. Die Ständerverbindung ist in ansehnlicher Weise gelöst, als die Sozialdemokraten und Kommunisten behaupteten, die Ständerverbindung sei mit der Landesverfassung nicht vereinbar. Der Staatsgerichtshof hat heute dahin entschieden, daß die Ständerverbindung mit der Verfassung vereinbar ist.

Ein Holländer will nach Patavia fliehen. Der holländische Deputierte Kappen wird mit einem dreimonatigen Haftstrafe am 2. April von Amsterdam nach Patavia fliehen. Er hofft, am 6. April in Niederländisch-Indien zu landen, am 21. April den Rückflug anzutreten und am 30. wieder in Amsterdam einzutreffen.

Gespräch vor zwölf

von Rudo f Schneider

Herr und Dame sitzen in einem sehr herrlichen Gartencafé. Alle Tische sind leer, bis auf den einen. Ein verdorrter Kaktus lehnt in der Ecke an einem Terrazzo und glöht regungslos zu den beiden hin. Keine Sonne scheint, gleich wird es beginnen, zu regnen. Die beiden blicken sich nicht an, aber hier und da murren sie sich mit einem raschen Seitenblick. Sie haben schon eine Zeitlang geschwiegen; nun beginnt sie, eine schlanke, noch junge Blondine, leicht erregt:

„Was hast du eigentlich?“
Er, ein Mann von etwa vierzig Jahren, ohne Bauch, gut gekleidet: „Nichts! — Es wird kalt, ich nur, die Wärme sind ganz schön. Aus ist es mit dem Sommer, mit der Schönheit, mit —“ Er bricht ab.
Sie: „Sag es nur: mit der Liebe!“
Er schweigt.
Sie, etwas zu spät: „Mit deiner Liebe konnte man mitten im Sommer erlösen.“
Er: „Wollen wir nicht gehen?“
Sie: „Gehen? Wohin?“
Er: „Du nach links, und ich nach rechts.“
Sie schweigt und sagt an ihrer Lippe.
Er, in gemachter Ruhe: „Oder umgekehrt; wir müssen uns nur einigen.“
Sie, bitter: „Gingen?“
Er, unbeherrschbar: „Man werden wir uns langsam aus den Augen verlieren und verschwinden. Zwar werde ich nicht umhin können ein paarmal sitzen zu bleiben, um mich nach dir umzusehen, aber das will nicht viel helfen.“
Er: „Voll Mitleid! Du wirst dich bestimmt nicht umdrehen.“
Sie: „Wir müssen nur Acht darauf haben, daß wir uns nicht wieder begegnen. Aber ein bißchen Takt auf beiden Seiten —“
Sie unterbricht ihn: „Hör auf! Warum hörst du? Sage einfach, du hast genug und ich deine Schuldigkeit befreite.“
Er: „Es sind keine Schuldigkeiten. Ich habe den Mord. Was ich sage, ist ein Verbrechen. Warum willst du mir nicht suchen helfen?“
Sie: „Ein kleiner Verstoß!“
Er: „Klage doch nicht! Tue doch nicht so, als überträgstest dich das Ende. Du selbst siehst es doch seit langem kommen; du liebst mich doch nicht mehr.“

Kontrollkompromiß in Aussicht?

Überwachung des Rheinlandes durch Vertreter aller Locarno-Mächte als Ausweg vorgeschlagen

Paris, 7. Dezember. (B. T. S.)

Über die gefrigen Verhandlungen der Minister des Auswärtigen in Genf berichtet, ohne auf Einzelheiten einzugehen, der Vertreter der Agentur Havas in Genf: Drei Fragen sind behandelt worden: die Entwaffnungsfrage, die Zwangsregulationsfrage und die Frage der Sonderkontrolle der Rheinlandzone. Man hat große Fortschritte erzielt.

Der meist gut informierte Genfer Vertreter des „Petit Journal“ berichtet, daß nach seiner Kenntnis folgendes Komпромiß in Aussicht steht:

1. Die Militärkontrolle wird in Kürze befristet, wahrscheinlich bereits im Laufe des Jahres. Deutschland verpflichtet sich, vorher die kritischen Fragen zu regeln.

2. Deutschland stimmt zu, daß die zünftige Kontrolle der entmilitarisierten Rheinlandzone fortgesetzt durch die Signatur der Abkommen von Locarno außerhals des Völkerbundes ausgeübt wird. Es handelt sich hierbei im Grunde genommen um ein neues Abkommen mit Deutschland, das den Verfallener Vertrag ergänzt. Dieses Abkommen wird alle berechtigten Einwendungen der Reichsregierung hinsichtlich der Interpretation des Artikels 213 berücksichtigen.

3. Weiter wird Deutschland die durch die Entscheidung des Völkerbundes festgelegten Grundforderungen erfüllen. Im übrigen beruht der Korrespondenz, daß Briand zur Frage einer demnächstigen Räumung der Rheinlande nur erklärt habe, daß er geneigt sei, alle Möglichkeiten zu erwägen zu prüfen.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ bestatigt im großen und ganzen die Mitteilungen des „Petit Journal“, fügt aber zur Frage der Räumung der besetzten Gebiete hinzu: Der Plan, der sich gestern abgezeichnet hat, ist nur eine logische Folge von Locarno und Dohrn. Eine Aufhebung der internationalen Militärkontrolle und ohne Aufgabe von Aobens und Mainz ist keine deutsch-französische Annäherung denkbar. Deutschland hat in Deutschland im Recht, die Räumung der Rheinlande zu fordern, sobald die Militär-

kontrollkommission Berlin verlassen hat. Dies entspricht Artikel 41 des Verfallener Vertrages Frankreich hat auch sein Interesse daran, nach langer französischer Zögerlichkeit in der Besetzung zu halten. Denn kann man noch gut verstehen, was man morgen billigt abzugeben gezwungen sein wird. Denn im Grunde genommen ist das Äquivalent für die Räumung schon gefunden, nämlich in der Bildung einer besonderen Kommission für die Kontrolle der Rheinlande.

Maffigli in Genf

Im Auftrage der Völkerverkonferenz

Genf, 7. Dezember.

Der heutige Vormittag brachte als wichtiges Ereignis das Eintreffen des Generalsekretärs der Völkerverkonferenz, Maffigli. Welchen Umfang und Charakter seine Mission hat, weichen Befehle er mitbringen und wie weit sein Kommen zur Befehlsmäßigkeit der Verhandlungen beitragen wird, ist noch nicht zu erkennen.

Vanderveelde und Scialoja bei Stresemann

Genf, 7. Dezember.

Eine gemeinsame Besprechung fand heute vormittag statt, um 10 Uhr erließen Vanderveelde im Hotel Metropole und Vanderveelde eine Stunde bei Minister Stresemann. Beide Minister hatten eine Ausrede, die sich weniger auf konkrete Eingelassen, als auf allgemeine Gesichtspunkte bezog und einen außerordentlich reichhaltigen Verlauf nahm. Um 11 Uhr erließen der italienische Minister Scialoja bei Minister Stresemann. Die Unterhaltung zwischen beiden dauerte etwa eine halbe Stunde. Minister Stresemann blieb den ganzen Vormittag über im Hotel Metropole.

aufwiegen, die durch die Verlegung der Konferenz nach dem Niederlande entstehen würden.

Skandal im deutschnationalen Lager

Abhebung des Neuländer Gruppenvorstandes — Kasernen-uneinheitlichkeiten?

Der Landesverband Holstein der Deutschnationalen Vollspartei hat den Vorstand des deutschnationalen Kreisvereins Neuländer seine Parteimitglieder für verurteilt erklärt und den Vorsitzenden des Kreisvereins, Koenigs abgesetzt. Die Mitglieder des Kreisvereins sind in Neuländer gegen Gaubig und seine Kollegen vom Vorstand des Kreisvereins schwere Beschuldigungen über Uneinheitlichkeiten in der Kasernenführung erhoben worden. Gaubig behauptet, daß nur Befehlsgewalt, nicht aber Entlassungsgewalt vom Vorstand des deutschnationalen Landesverbandes Holstein abgehört werden sind. Er hat daher beim Parteirat der Gesamtpartei gegen den Beschluß des Landesverbandes Berufung eingelegt. Anlässlich der Sitzung vom 22.000 Mark in der Kasse des Kreisvereins handeln.

Wären diese Beschuldigungen gegen ein Mitglied einer Partei der Linken erhoben, so würde, worauf wir werten könnten, die Reichspressen über sozialistische oder gar über republikanische „Korruption“ ein großes Geschrei erheben. Wir können es aber, diese unanständige Komplexion der Neuländer nachzugehen, da es in allen Parteien schwerer Sache geben kann, und bezeichnen uns hier lediglich auf die Förderung nach beidseitiger Klärung des Falles im Hinblick darauf, daß Diplom-Ingenieur Gaubig dem preussischen Landtag angehört.

Weltwirtschaftskonferenz nicht in Amsterdam. Dem Amsterdamer „Telegraaf“ zufolge hat das Generalsekretariat des Völkerbundes beschlossen, dem Völkerbundrat seinen Vorschlag zu übermitteln, die Weltwirtschaftskonferenz außerhals Genfs abzuhalten, die Vertreter, die Amsterdam bieten könnte, nicht die Rechte

Kabinettskrise in Belgrad

Demission des Gesamtkabinetts nach dem Rücktritt Rintischkij

Belgrad, 7. Dezember.

Mit Rücksicht auf die durch den Rücktritt des Ministers des Auswärtigen Rintischkij geschaffene Lage hat das gesamte Ministerium heute vormittag seine Demission eingebracht. Eine amtliche Mitteilung der Regierung legt allerdings noch nicht vor.

In Belgrad politischen Kreisen geht das Gerücht um, daß ein diplomatischer Schritt Jugoslawiens gegen Albanien unmittelbar bevorstehe. Gestern in später Abendstunde hat der jugoslawische Außenminister Rintischkij demissioniert. Seine Demission wird mit dem politischen Ereignis der letzten Tage im Zusammenhang gebracht. In den Verhandlungen wollte Dr. Rintischkij in zweiwöchiger Anwesenheit beim König. Die Situation wird als überaus ernst bezeichnet, besonders deshalb weil sich in der Grenzkontrolle an der albanisch-jugoslawischen Grenze Schwierigkeiten ergeben haben. Auch nach Italien ist der Besondere und Grenzverkehr erheblich behindert. Dr. Rintischkij erklärte, daß für heute außerpolitische Ereignisse von größter Bedeutung zu erwarten seien. Man erwartet, daß es sich um die Verlautbarung des mit Frankreich abgeschlossenen Paktes handeln wird.

Der Rücktritt des jugoslawischen Kabinetts ist sicherlich ein Schlag des Unausgeglichenheit und Unklarheit, der in Belgrad Iteberzeugung und Erbitterung erregt hat. Das Kabinett, und besonders der Außenminister Rintischkij, haben mit Recht diesen Vertragsabschluss als einen schweren Schlag gegen ihre heimische Verhandlungspolitik empfunden. Bei der Neubildung des Kabinetts werden wahrscheinlich die Vertreter einer stärkeren Front gegenüber Jugoslawien, unter ihnen der Kronprinzip Rintischkij, eine Rolle spielen.

Sie betrachtet ihn aufmerksam. Nach einer Weile sagt sie leise und sehr beifällig: „Aber ich liebe dich!“

Er gibt lange keine Antwort. Dann beginnt er fast unmerklich den Kopf zu schütteln, ganz für sich, und schließlich sagt er wieder: „Wollen wir nicht gehen?“

Sie, mit einem einzigen Anflug von Schalkhaftigkeit: „Nur einander!“

Er, ohne lachend, daß er die Schalkhaftigkeit aufgegriffen hat: „Getrennt wäre besser.“

Sie lacht leise, voller Freundlichkeit, und legt ihre Hand auf seinen Arm. Dann: „Weißt du, du bist vielleicht viel klüger als ich und du meinst, daß unsere Liebe in Schicksal“ lirt. Aber ich habe mehr Mitleid als du, und ich ohne, daß nichts in Schicksal lirt, außer man läßt bis in den Tod, ich ohne, daß nichts das Ende einer Liebe dritten Grades eine Katastrophe ist. Sie müssen wir über uns ergehen lassen.“

Er hat nachdenklich zugehört: „Es gibt auch sanftere Tod.“

Sie: „Nur im Alter; im Alter des Lebens und des Gefühls. Für uns ist es zu früh. Was du willst, ist Werd.“

Er schweigt. Nach einer Weile winkt er dem Kellner. Dieser wartet seit langem leise darauf, die unerwünschten Gäste möchten sich entfernen, damit er sich ins Innere des Cafés begeben kann. Er bemerkt das Winken sehr wohl, nimmt aber in plötzlicher Geschäftigkeit ein Zigaretten zu Hand und verbringt auf unmerkliche Weise damit ins Haus. Der Herr, der dies beobachtet hat, lächelt: „Also wird einem nichts geschadet.“

Sie lacht in sich hinein, wird aber mit einemmal ernst und blüht ihn traurig an.

Guilbert war seine künftigen Kompositionen verkaufen. Wie uns der stellvertretende Direktor der sammelnden Hamburger Guilbert-Bühnen mitteilt, erkennt der Komponist seine Verpflichtungen dem künstlerischen Personal gegenüber an. Er hat sich bereit erklärt, 60% Prozent seiner Einnahmen aus bescheidenen und aus seinen künftigen Kompositionen an seine Hamburger Bühnen zu verteilen. Das ein Kompositum von Range Guilbert ist in den künftigen Vertrag seiner Erben zur Anwendung seiner sehr in demselben Zusammenhang mit dem Personal verpflichtet, muß ganz gewiß als ein charakteristisches Merkmal der Zeit betrachtet werden.

Im Regina-Theater seit Donnerstag 8 Uhr. Georg Geyer aus dem Schützen. Minnie Liebermann (Gelle) und Prof. Karl Schubert (Klavier) spielen Werke von Beethoven u. Wagner.

